

Protokoll der 3. Sitzung

Kommission **Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe**

Montag, dem 8. September 2014, 11:00 Uhr
Sitzungssaal 4.900 (Europasaal)
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
Berlin

Vorsitz:

- Ursula Heinen-Esser
(Sitzungsleitung)
- Michael Müller

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 9**

Begrüßung

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 9**

Beschlussfassung über die
Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 9**

Abschließende Beratung und
Beschlussfassung über die
Geschäftsordnung

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 10**

Endlagerung:
Erfahrungen und Perspektiven
für die weitere Arbeit

Gast: BM'in Dr. Barbara Hendricks

Tagesordnungspunkt 5 **Seite 12**

Beratung und Beschlussfassung über
ein (vorläufiges) Arbeitsprogramm 2014 und
2015 (insbesondere Festlegung von Terminen
für auswärtige Veranstaltungen
[Asse, Gorleben u.a.]

Tagesordnungspunkt 6 **Seite 12**

Beratung und Beschlussfassung
über die Sitzungsgestaltung 2014

Tagesordnungspunkt 7 **Seite 14**

Ralf Meister:
Arbeitsprogramm der Arbeitsgruppe
zur Öffentlichkeitsbeteiligung
- Erste Überlegungen

Konkrete Aufträge an die
Arbeitsgruppe

Tagesordnungspunkt 8 **Seite 12**

Einsetzung von Arbeitsgruppen

Tagesordnungspunkt 9 **Seite 12**

Vorbereitung von Anhörungen:
- Evaluierung des Standortauswahlgesetzes
(gem. § 3 Abs. 3 und § 4 Abs. 1 Satz 3 StandAG,
BT-Drs. 18/1068)
- Internationale Erfahrungen

Tagesordnungspunkt 10 **Seite 15**

Diskussion über das Leitbild
der Kommission
(Forts. der Beratungen der 2. Sitzung)

Tagesordnungspunkt 11

Seite 15

Zuschriften

Tagesordnungspunkt 12

Seite 15

Verschiedenes, u. a.

- mögliche Erweiterung der Internetpräsenz der Kommission
- Bericht über den ESK-Workshop

Anhang:

- Beschlussverzeichnis
- Aufgabenliste

**3. Sitzung der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz**

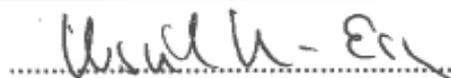
Montag, 8. September 2014, 11.00 Uhr

Anwesenheitsliste

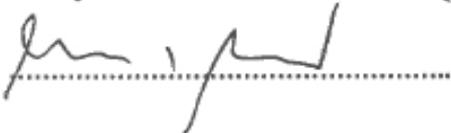
Vorsitz

Unterschrift

Heinen-Esser, Ursula



Müller, Michael



Vertreter der Wissenschaft

Unterschrift

Dr. Detlef Appel



Hartmut Gaßner



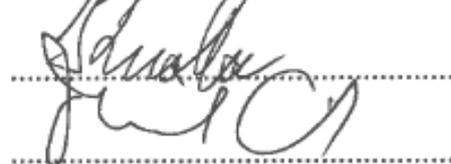
Prof. Dr. Armin Grunwald



Dr. Ulrich Kleemann

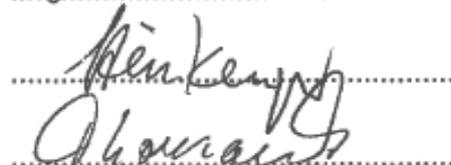


Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla



Michael Sailer

Hubert Steinkemper



Prof. Dr. Bruno Thomsuske

**Sitzung der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz**

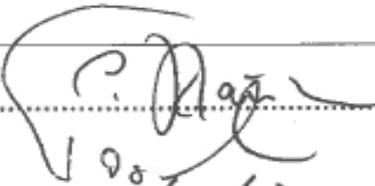
Montag, 8. September 2014, 11.00 Uhr

Anwesenheitsliste

Vertreter gesellschaftlicher Gruppen

Unterschrift

Edeltraud Glänzer



Dr. h.c. Bernhard Fischer



Prof. Dr. Gerd Jäger



Ralf Meister



Prof. Dr. Georg Milbradt



Erhard Ott



Klaus-Brunnsmeier



Jörg Sommer



Tagungsbüro

**Sitzung der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
 gemäß § 3 Standortauswahlgesetz**

Montag, 8. September 2014, 11.00 Uhr

Anwesenheitsliste, MdB

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

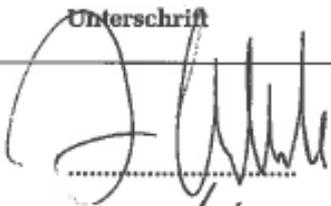
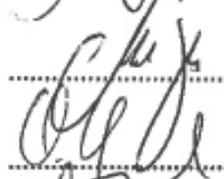
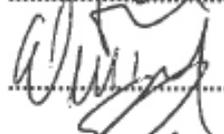
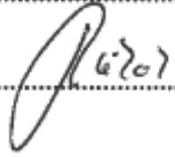
Ordentliche Mitglieder der Kommission	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder der Kommission	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Jung, Andreas	Graf Lerchenfeld, Philipp
Kantiz, Steffen	Michalk, Maria
Ofner, Florian	Monstadt, Dietrich
Pols, Eckhard	Petzold, Ulrich
<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	
Miersch, Dr. Matthias	Lotze, Hiltrud
Vogt, Ute	Träger, Carsten
<u>DIE LINKE.</u>		<u>DIE LINKE.</u>	
Zdebel, Hubertus	Lenkert, Ralph
<u>BÜ90/GR</u>		<u>BÜ90/GR</u>	
Kotting-Uhl, Sylvia	Verlinden, Dr. Julia

**Sitzung der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
 gemäß § 3 Standortauswahlgesetz**

Montag, 8. September 2014, 10.00 Uhr

Anwesenheitsliste

Mitglieder von Landesregierungen

Ordentliche Mitglieder der Kommission	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder der Kommission	Unterschrift
Min Franz Untersteller		Sen Michael Müller
StM Dr. Marcel Huber	Min'in Anita Tack
Min Christian Pegel		Sen Dr. Joachim Lohse
Min Stefan Wenzel		StM'in Priska Hinz
Min Garrelt Duin		Sen'in Jutta Blankau
MP Stanislaw Tillich	StM'in Eveline Lemke
MP Dr. Reiner Haseloff	Min Reinhold Jost
Min Dr. Robert Habeck		Min Jürgen Reinholz	

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorsitzende informiert darüber, dass die Sitzung im Parlamentsfernsehen und im Internet live übertragen und eine Tonaufzeichnung für Protokollzwecke gefertigt wird.

Tagesordnungspunkt 1 Begrüßung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Gäste Präs. Wolfram König (BfS), Präs. Prof. Dr. Hans-Joachim Kumpel (BGR), MinR Peter Hart (BMUB) und MinDirig Prof. Dr. Diethard Mager (BMW).

Als Nachfolger von Dr. Ralf Güldner begrüßt sie Dr. h.c. Bernhard Fischer in der Kommission. Sie verabschiedet StMin Dr. Marcel Huber, der als Mitglied aus der Kommission ausscheiden wird.

Tagesordnungspunkt 2 Beschlussfassung über die Tagesordnung und das Protokoll der 2. Sitzung

Die Kommission nimmt die Tagesordnung mit folgenden Änderungen einvernehmlich an:

Auf Antrag von Klaus Brunsmeier wird in TOP 5 die Angabe „2015“ durch „2014 und 2015“ ersetzt und TOP 7 um den Unterpunkt „Konkrete Aufgaben an die Arbeitsgruppe“ ergänzt.

Auf Antrag von Dr. Gerd Jäger und Dr. h.c. Bernhard Fischer (K-Drs. 4) wird TOP 12 (Verschiedenes) um den Unterpunkt „Mögliche Erweiterung der Internetpräsenz der Kommission“ und auf Antrag von Edeltraud Glänzer um den Unterpunkt „Bericht über den ESK-Workshop“ ergänzt.

Des Weiteren kommt die Kommission überein, die Tagesordnungspunkte 5, 6, 9 und 8 in dieser Reihenfolge zusammen zu behandeln.

Das Protokoll der 2. Sitzung wird ohne Gegenstimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Tagesordnungspunkt 3 Abschließende Beratung und Beschlussfassung über die Geschäftsordnung

Anknüpfend an den als K-Drs. 1 verteilten Vorschlag werden zur Ergänzung der Geschäftsordnung (§ 11 und § 15) folgende Beschlüsse gefasst:

Zu § 11:

Die Kommission beschließt ohne Gegenstimmen bei 4 Enthaltungen, künftig Stenografen mit der Erstellung von Wortprotokollen der Sitzungen zu beauftragen und § 11 der Geschäftsordnung entsprechend zu ändern.

Die Kommission stimmt überein, dass die Annahmefrist für die Protokolle 14 Tagen betragen solle.

Auf Antrag von Abg. Sylvia Kotting-Uhl und Prof. Dr. Gerd Jäger beschließt die Kommission einstimmig, den Wortprotokollen ein Beschlussprotokoll sowie auf Antrag von Prof. Dr. Bruno Thomauske des Weiteren eine Liste der noch offenen Arbeitsaufträge mit Hinweisen zum Stand der Erledigung hinzuzufügen.

Zu § 15:

Auf der Grundlage des hierzu vorliegenden Entwurfs (K-Drs. 1) beschließt die Kommission auf Antrag von Prof. Dr. Georg Milbradt mehrheitlich (Ja: 20, Nein: 0, Enth.: 6), § 15 Absatz 2 um folgende Sätze zu ergänzen:

„Wenn die Entscheidung dem Mitglied einen unmittelbaren Vorteil bringt, darf es an der Abstimmung nicht teilnehmen. Dasselbe gilt, wenn das Kommissionsmitglied Mitglied in einem Organ einer durch die Entscheidung begünstigten Institution ist.“

Die Kommission beschließt ohne Gegenstimmen bei 8 Enthaltungen, § 15 auf der Grundlage des Entwurfs (K-Drs. 1) mit dieser Änderung anzunehmen.

Mit vorgenannten Änderungen der §§ 11 und 15 wird die Geschäftsordnung insgesamt einstimmig beschlossen.

In der vorangegangenen Aussprache waren insbesondere folgende Aspekte erörtert worden:

Im Rahmen der Aussprache zu § 11 der Geschäftsordnung wies **die Vorsitzende** darauf hin, dass die im Internet veröffentlichten Abschriften der ersten Sitzungen anders als Wortprotokolle des Deutschen Bundestages nicht von den Rednern autorisiert wurden.

Sie berichtete, dass nach Auskunft des Präsidenten des Deutschen Bundestages dessen Stenografischer Dienst mangels Kapazitäten zur Erstellung von Wortprotokollen der Kommissionsitzungen nicht zur Verfügung stehe. Zugleich zeigte sie die Möglichkeit auf, dass die Kommission selbst Stenografen mit der Erstellung von Wortprotokollen beauftragen könne. Die zu erwartenden Kosten hierfür, würden nach ersten Auskünften jährlich etwa 48.000 Euro betragen. Diese Ausgaben würden zu Lasten des Etats für die Öffentlichkeitsarbeit der Kommission gehen.

Im Rahmen der Aussprache zu § 15 der Geschäftsordnung beantragte Hartmut Gaßner, die

Beschlussfassung zu dieser Regelung im Hinblick auf Überschneidungen mit der Frage einer möglichen Unterstützung der Mitglieder durch Zuarbeit so lange zurückzustellen, bis über diese Frage entschieden worden sei.

Die Vorsitzende informierte, dass zu dieser Frage die Auffassung der Bundestagsverwaltung eingeholt worden sei. Diese habe mitgeteilt, dass der Kommission keine Mittel für die Entschädigung von Mitarbeitern zur Verfügung stünden. Entsprechende Gesetzesänderungen könnten frühestens in den nächsten Haushaltsberatungen herbeigeführt werden.

Die Kommission beschloss mehrheitlich, (Ja: 17, Nein: 5, Enth.: 6) § 15 der Geschäftsordnung nicht zurückzustellen, sondern abschließend zu behandeln.

Die Vorsitzende hält fest, dass mit der Klärung der Frage der Unterstützung von Kommissionsmitgliedern die Arbeitsgruppe „Evaluierung“ befasst werden solle.

Darüber hinaus solle – nach Möglichkeit bis zur nächsten Sitzung – in der Verwaltung geklärt werden, inwiefern es eine Unterstützung für Gutachten, Studien etc. geben könne, wenn Mitglieder der Kommission selber Themen für die Kommission aufbereiten bzw. vorbereiten würden.

Tagesordnungspunkt 4

Endlagerung:

Erfahrungen und Perspektiven für die weitere Arbeit

Gast: BM'in Dr. Barbara Hendricks

Die Vorsitzende begrüßt BM'in Dr. Barbara Hendricks (BMUB), PST'in Rita Schwarzelühr-Sutter (BMUB) sowie MinDir Dr. Wolfgang Cloosters (BMUB). Sie weist auf die als Tischvorlage verteilten Stellenausschreibungen für

das BfE hin und erteilt BM'in Dr. Barbara Hendricks das Wort.

BM'in Dr. Barbara Hendricks führt aus, dass sie sich von den ehrgeizigen Zielen des Standortauswahlgesetzes nicht verabschieden wolle und davon überzeugt sei, dass auch ein verantwortungsvoller Suchprozess bis zum Jahr 2031 abgeschlossen werden könne.

Bezogen auf den Schacht Konrad teilt **BM'in Dr. Barbara Hendricks** mit, dass es aufgrund verschiedener Faktoren zu Verzögerungen gekommen sei; nach Einschätzung der DBE sei davon auszugehen, dass Schacht Konrad im Jahr 2022 in Betrieb genommen werden könne. Da ein Lager für schwach und mittlerradioaktive Abfälle dringend benötigt werde, werde seitens des BMUB alles getan, um den Zeitplan einzuhalten.

Das Planfeststellungsverfahren zur Stilllegung des Endlagers Morsleben (ERAM) sei noch nicht abgeschlossen.

Beim Endlagerprojekt Asse II sei man von einer Lösung weit entfernt. Die hier angestrebte Bergung der Abfälle stelle eine besondere Herausforderung dar. Angesichts der Instabilität des Bergwerks könne eine Bergung der Abfälle nur durch eine neue, weitere Schachtanlage erfolgen. Probebohrungen für einen neuen Schachtansatzpunkt hätten begonnen. Parallel seien Sicherungsarbeiten durchzuführen, um die Grube zu stabilisieren und im schlimmsten Fall den Schaden zu begrenzen.

Im Hinblick auf Gorleben führt **BM'in Dr. Barbara Hendricks** aus, dass das gesetzlich geforderte ergebnisoffene Verfahren auch bedeute, Gorleben in die Überlegungen einzubeziehen. Dies stoße in der Region naturgemäß nicht auf Zustimmung. Um Vertrauen zu schaffen, habe sie die Klage gegen die Aufhebung des Rahmenbetriebsplans zurückgezogen. Zudem sei das

seit den 70er-Jahren laufende atomrechtliche Planfeststellungsverfahren im Einvernehmen mit dem Land Niedersachsen für erledigt erklärt worden.

Die Veränderungssperre für Gorleben laufe bis August 2015 und diene der Sicherung des Salzstocks gegen konkurrierende Nutzung. Die Sperre sei noch solange erforderlich, wie Gorleben nach dem Standortauswahlgesetz nicht aus dem Verfahren ausscheide. Über den Offenhaltungsbetrieb hätten sich der Bund und das Land Niedersachsen kürzlich verständigt.

Zur sogenannten Entsorgungsrichtlinie (Richtlinie 2011/70/Euratom) teilt **BM'in Dr. Barbara Hendricks** mit, dass der Bund aufgrund dieser verpflichtet sei, ein nationales Entsorgungsprogramm spätestens im August 2015 der Europäischen Kommission vorzulegen. Dieses würde gerade erarbeitet. Zum Zeitpunkt der Vorlage müsse das Entsorgungsprogramm den Absichten und Planungen der Bundesregierung entsprechen. Sie versichere, dass im Hinblick auf die Beratungen der Kommission, das Programm explizit unter Revisionsvorbehalt gestellt werde.

Des Weiteren berichtet **BM'in Dr. Barbara Hendricks**, dass das BfE am 1. September 2014 seine Tätigkeiten aufgenommen habe. Zurzeit befasse es sich damit, die Erhebung der Offenhaltungskosten für das Erkundungsbergwerk Gorleben im Wege eines Umlageverfahrens sicherzustellen. Wegen dieser gesetzlichen Verpflichtung sei die Errichtung des Bundesamtes schon zum jetzigen Zeitpunkt zwingend erforderlich gewesen. Der Sitz des Bundesamtes sei vorläufig in Berlin im BMUB. Die Ausschreibungstexte betrafen die Stellen für Juristinnen/Juristen und Sachbearbeiter/Sachbearbeiterinnen des allgemeinen Verwaltungsdienstes. Dieses Personal würde für die Erstellung der Gebührenbescheide benötigt.

Auf entsprechende Nachfragen hin gibt **BM'in Dr. Barbara Hendricks** zusammengefasst wie folgt ergänzend Auskunft:

Zur Frage nach dem Export der uranhaltigen Kernbrennstoffe in Jülich führt sie aus, dass es sich in Jülich um einen Versuchsreaktor handle, der nicht im Zuständigkeitsbereich des BMUB liege. In einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke sei mitgeteilt worden, dass die Forschungszentrum Jülich GmbH bis zum Herbst dieses Jahres ein Konzept für eine Räumung des Behälterlagers vorzulegen und die erforderlichen Genehmigungen zu erwirken habe. Das Konzept solle eine Prüfung verschiedener Varianten der Räumung umfassen. Wegen der rechtlichen und technischen Machbarkeit einer Rückführung des Kernbrennstoffe in die USA und zu einer dortigen schadlosen Verwertung habe das BMBF mit dem Energieministerium der Vereinigten Staaten von Amerika sowie dem Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen eine gemeinsame Absichtserklärung unterzeichnet.

Zur Frage der finanziellen Verantwortung der Energieversorgungsunternehmen teilt **BM'in Dr. Barbara Hendricks** mit, dass die Bundesregierung bezüglich der Sicherung der Rückstellungen mit den Energieversorgungsunternehmen in Gespräche eintreten wird.

Auf das Forschungsprogramm für die Jahre 2015 bis 2019 und den Kompetenzerhalt angesprochen führt sie aus, dass geprüft werde, ob die Forschungen in Deutschland in die richtige Richtung gingen; richtig sei auch, dass die bergbauliche Kompetenz in Deutschland erhalten werden müsse.

Auf die Realisierbarkeit der verschiedenen Verfahrensschritte bis zum Jahr 2031 und Zeitdruck angesprochen führt **BM'in Dr. Barbara Hendricks** aus, dass bis zum Jahr 2031 nach

den von der Kommission festzulegenden Kriterien entschieden werde, welcher Standort in Frage komme. Erst anschließend beginne das Genehmigungsverfahren für das Endlager, in dessen Verlauf es voraussichtlich auch Rechtsstreitigkeiten geben werde. Zum jetzigen Zeitpunkt stünde man ganz am Anfang des Verfahrens.

Jörg Sommer gibt hierzu im Rahmen der nachfolgenden Beratungen zu Protokoll, dass er die dargestellte Struktur des Prozesses ausdrücklich nicht teile; die Bürgerbeteiligung beginne für ihn spätestens jetzt.

**Tagesordnungspunkt 5
Beratung und Beschlussfassung über ein (vorläufiges) Arbeitsprogramm 2014 und 2015 (insbesondere Festlegung von Terminen für auswärtige Veranstaltungen [Asse, Gorleben u.a.]**

i. V. m.

**Tagesordnungspunkt 6
Beratung und Beschlussfassung über die Sitzungsgestaltung 2014**

i. V. m.

**Tagesordnungspunkt 9
Vorbereitung von Anhörungen:
- Evaluierung des Standortauswahlgesetzes (gem. § 3 Abs. 3 und § 4 Abs. 1 Satz 3 StandAG, BT-Drs. 18/1068)
- Internationale Erfahrungen**

i. V. m.

**Tagesordnungspunkt 8
Einsetzung von Arbeitsgruppen**

Die Vorsitzende weist auf das als K-Drs. 10 vorliegenden Vorschlag für ein Arbeitsprogramm 2014 und 2015 hin.

Darüber hinaus nimmt sie Bezug auf die im Vorfeld der Sitzung verteilten Unterlagen und Vorschläge folgender Mitglieder:

- Prof. Dr. Gerd Jäger und Dr. h.c. Bernhard Fischer (K-Drs. 2)
- Jörg Sommer und Michael Sailer (K-Drs. 3)
- Hartmut Gaßner (K-Drs. 6)
- Dr. Detlef Appel (K-Drs. 9)
- Klaus Brunsmeier (K-Drs. 11)
- Prof. Dr. Armin Grunwald (K-Drs. 12)
- Jörg Sommer (K-Drs. 13)
- Dr. Robert Habeck (K-Drs. 14)

Zu dem von den Vorsitzenden vorgeschlagenen Arbeitsprogramm führt sie aus, dass der hierin gewählte Ansatz das Ziel verfolge, anhand bestimmter Pfade das Thema Endlagerung zu diskutieren.

Nach einer längeren Aussprache insbesondere über die Reihenfolge der Behandlung der einzelnen Themen beschließt die Kommission ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung folgenden Sitzungsplan für das Jahr 2014:

- Montag, 22. September
 - BM'in Prof. Dr. Johanna Wanka (BMBF), ENTRIA, KIT,
 - Rückholbarkeit,

- Vorbereitung der Anhörungen zur Evaluierung und zu internationalen Erfahrungen

- Leitbild der Kommission.

- Montag, 3. November

- Anhörung: Evaluierung des Standortauswahlgesetzes

- Abfallbilanz

- Freitag, 5. Dezember

- AkEnd

- Samstag, 6. Dezember

- Bewertung der ersten Arbeitsphase,
- Strukturierung des kommenden Jahres.

Zu den Sitzungen am 5. und 6. Dezember hält **die Vorsitzende** auf entsprechende Anregungen hin fest, dass zu prüfen sei, ob an diesem Wochenende auch die Anhörung zu internationalen Erfahrungen – unter dem Gesichtspunkt zunächst einen ersten Überblick zu erhalten – erfolgen könne. Hierzu könnten eventuell auch die zuständigen Ressorts des Bundes und der Länder beitragen.

Zur Vorbereitung der Anhörungen bittet **die Vorsitzende** die Mitglieder, Vorschläge bezüglich der einzuladenden Experten sowie zu Struktur und Fragestellungen zu übermitteln.

Zur Abfallbilanz teilt **Peter Hart (BMUB)** mit, dass diese deutlich vor der Sitzung am 3. November der Kommission zur Verfügung gestellt werden könne.

Im Rahmen der Beratungen über die Einsetzung von Arbeitsgruppen beschließt die Kommission nach längerer Aussprache einstimmig, die Arbeitsgruppe 2 „Evaluierung“ einzusetzen.

Zur Einsetzung weiterer Arbeitsgruppen beschließt die Kommission zunächst mehrheitlich (Ja: 16, Nein: 3, Enth.: 3), das Thema der in dem Vorschlag zum Arbeitsprogramm (K-Drs. 10) vorgesehenen Arbeitsgruppe 5 in andere Arbeitsgruppen zu integrieren.

Auf Vorschlag von Dr. Ulrich Kleemann beschließt sie ferner mehrheitlich (Ja: 13, Nein: 2, Enth.: 4), die vorgeschlagenen Arbeitsgruppen 3 und 4 zusammenzuführen.

Gemäß Anregung von Prof Dr.-Ing Wolfram Kudla beschließt die Kommission zudem ohne Gegenstimmen mit Mehrheit (Ja: 19), die Thematik der ursprünglich vorgeschlagenen Arbeitsgruppe AG 5 in die Arbeitsgruppen 1 und 3 zu integrieren und diese beiden Arbeitsgruppen wie folgt zu bezeichnen:

Arbeitsgruppe 1: „Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus Asse, Gorleben, Schacht Konrad und Morsleben“;

Arbeitsgruppe 3: „Gesellschaftliche und technisch-wissenschaftliche Entscheidungskriterien sowie Kriterien für Fehlerkorrekturen unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus Asse, Gorleben, Schacht Konrad und Morsleben“.

Die Vorsitzende teilt mit, dass die Geschäftsstelle zu den Arbeitsgruppen eine Interessenabfrage durchführen wird. In der nächsten Sitzung solle dann über die Zusammensetzung und Leitung der soeben beschlossenen Arbeitsgruppen 2 und 3 befunden werden. Hierzu werden die Vorsitzenden einen Vorschlag unterbreiten.

Im Rahmen einer kurzen Aussprache zur Frage der auswärtigen Veranstaltungen (Asse, Gorleben u.a.) berichtet Hartmut Gaßner, dass er von der Landrätin des Landkreises Wolfenbüttel gebeten worden sei zu übermitteln, dass ein Besuch der Kommission nicht gewünscht werde. Vielmehr bäten die Vertreterinnen und Vertreter der Asse-II-Begleitgruppe um eine Einladung der Kommission, an Anhörungen oder Arbeitsgruppen teilzunehmen. Gleiche Signale hätten verschiedene Mitglieder der Kommission aus der Region Gorleben erhalten.

Die Vorsitzende kündigt an, gemeinsam mit dem Vorsitzenden nochmals Erkundigungen einholen und zur nächsten Sitzung einen Vorschlag zu entwickeln, wie die Angelegenheit gehandhabt werden könne.

Tagesordnungspunkt 7

Ralf Meister: Arbeitsprogramm der Arbeitsgruppe zur Öffentlichkeitsbeteiligung - Erste Überlegungen

Konkrete Aufträge an die Arbeitsgruppe

Ralf Meister stellt als Vorsitzender der Arbeitsgruppe 1 seine Überlegungen zu den Aufgaben der Arbeitsgruppe vor. Er weist auf das erste Treffen der Arbeitsgruppe im Anschluss an die Kommissionsitzung hin. In dieser Sitzung werde es zunächst darum gehen Formalia zu klären und erste Überlegungen zur Arbeitsweise anzustellen. Den Mitgliedern der Arbeitsgruppe habe er vorab einen sehr vorläufigen Entwurf möglicher Fragen übermittelt. Im Vordergrund stehe seines Erachtens die Frage, ob schon in der Arbeitsweise dieser Arbeitsgruppe Modelle der Beteiligung erkennbar würden, die als Grundlage für den gesamten Prozess angesehen werden könnten.

Bezüglich eines konkreten Arbeitsauftrages stellt die Vorsitzende fest, dass ein solcher zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht festgelegt werden sollte.

Als mögliche Themen zur Beratung in der Arbeitsgruppe wurden im Zuge der Aussprache genannt:

- Möglichkeit der Durchführung von Meinungsumfragen u. Ä zu bestimmten Fragestellungen;
- Diskussion der Repräsentativität verschiedener Meinungen;
- Betrachtung des Begriffs der Beteiligungsbereitschaft im AkEnd im Hinblick auf die Evaluierung des Standortauswahlgesetzes;
- Entwicklung eines Konzeptes für Veranstaltungen in verschiedenen Regionen;
- Zeitnaher Beginn eines breiten öffentlichen Diskurses mit konkretem Arbeitsauftrag;
- Klärung der Frage, welche Bedeutung dem Umstand beizumessen ist, dass der Prozess der Endlagersuche erhebliche Zeit in Anspruch nehmen wird, mit der Folge, dass die in der Gegenwart entscheidenden Personen die Konsequenzen nicht mehr erleben werden.

Die Vorsitzende kündigt an, den Tagesordnungspunkt „Bericht aus den Arbeitsgruppen“ künftig für jede Sitzung vorzusehen.

Tagesordnungspunkt 10

Diskussion über das Leitbild der Kommission (Forts. der Beratungen der 2. Sitzung)

Die Vorsitzende stellt Einvernehmen fest, dass Herr Müller und sie den Kommissionsmitgliedern in den nächsten Tagen einen Beitrag zum Leitbild zuleiten, der in der nächsten Sitzung zur Diskussion bzw. zur Abstimmung gestellt werden könne.

Tagesordnungspunkt 11

Zuschriften

Die Vorsitzende weist auf die als Tischvorlage verteilten Zuschriften hin (K-Drs. 8). Sie teilt mit, dass die Einsender regelmäßig dahingehend Nachricht erhalten hätten, dass ihre Zuschrift der Kommission zur Kenntnis gegeben würde.

Die Vorsitzende stellt Einvernehmen fest, dass sich die Arbeitsgruppen – dem jeweiligen Thema entsprechend – mit den Zuschriften befassen sollen und der Tagesordnungspunkt „Zuschriften“ zur Information der Öffentlichkeit künftig in jeder Sitzung aufgerufen werde.

Tagesordnungspunkt 12

Verschiedenes, u. a.

- **mögliche Erweiterung der Internetpräsenz der Kommission;**
- **Bericht über den ESK-Workshop**

Die Vorsitzende gibt einen Überblick über die Haushaltsmittel der Kommission. Die Mittel für Gutachten, Studien etc. seien mit 5 Mio. Euro, die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit seien mit 500 000 Euro angesetzt. Sie weist darauf hin, dass die verschiedenen Haushaltsmittel der Kommission nicht gegenseitig deckungsfähig sind.

Sie regt an, dass sich die dem Bundestag angehörenden Mitglieder der Kommission für eine gegenseitige Deckungsfähigkeit, hilfsweise für eine „Umwidmung“ eines Teils der Gutachtenmittel für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit einsetzen.

Zu dem Antrag von Dr. h.c. Bernhard Fischer und Prof. Dr. Gerd Jäger zur Internetpräsenz der Kommission (K-Drs. 4) weist die **Vorsitzende** darauf hin, dass es jedem Mitglied überlassen bleibe, eigene Plattformen zu betreiben und sich auf solchen zu äußern. Zudem stellt sie Einvernehmen fest, dass sich die Arbeitsgruppe 1 mit Überlegungen zur Verbesserung des Internetauftritts der Kommission insbesondere im Hinblick auf die Beteiligung der Öffentlichkeit (Blog, Diskussionsplattform) befassen solle. Eventuell könne die Arbeitsgruppe zur nächsten Sitzung ein kurzes Votum abgeben.

Zum „ESK-Workshop“, der am 20./21. Januar 2015 stattfindet, teilt Michael Sailer (Vorsitzender der ESK) mit, dass im Sinne eines Transfers zwischen ESK und der Kommission alle Kommissionsmitglieder eingeladen seien, an dem Workshop teilzunehmen. Allein aus organisatorischen Gründen sei eine Anmeldung bis Ende November erforderlich.

Zur Fortschreibung des Förderkonzepts über Schwerpunkte zukünftiger FuE-Arbeiten bei der Endlagerung radioaktiver Abfälle (2011 – 2014), herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie im Juli 2012, bittet die Vorsitzende auf entsprechende Fragen hin das BMWi zur nächsten Sitzung der Kommission einen kurzen Bericht vorzulegen.

Ende der Sitzung: 18.00 Uhr.

Die nächste Sitzung findet statt am

Montag, den 22. September 2014, 11.00 Uhr.

Die Vorsitzenden

Ursula Heinen-Esser

Michael Müller

Beschlussverzeichnis

3. Sitzung am 8. September 2014

1. Dem Protokoll der 2. Sitzung der Kommission am 8. September 2014 wird zugestimmt (ohne Gegenstimmen, bei 5 Enthaltungen).
2. Zu den künftigen Protokollen der Sitzungen der Kommission
 - a) Der stenografische Dienst wird beauftragt, Wortprotokolle von den Sitzungen der Kommission anzufertigen (ohne Gegenstimmen, bei 4 Enthaltungen).
 - b) Dem Wortprotokoll werden ein Beschlussverzeichnis sowie eine Liste der Arbeitsaufträge beigefügt (einstimmig).
 - c) Die Protokolle gelten, soweit kein Widerspruch erfolgt, zwei Wochen nach ihrer Verteilung als angenommen (einstimmig).
3. Zur Geschäftsordnung
 - a) § 11 der Geschäftsordnung wird dahingehend geändert, dass von den Sitzungen Wortprotokolle gefertigt werden (einvernehmlich).
 - b) Dem § 15 Absatz 2 auf der Grundlage des Vorschlags auf K-Drs. 1 werden folgende Sätze angefügt:

„Wenn die Entscheidung dem Mitglied einen unmittelbaren Vorteil bringt, darf es an der Abstimmung nicht teilnehmen. Dasselbe gilt, wenn das Kommissionsmitglied Mitglied in einem Organ einer durch die Entscheidung begünstigten Institution ist.“
(Ja: 20, Nein: 0, Enth.: 4)
 - c) § 15 wird auf der Grundlage des Vorschlags auf K-Drs. 1 und der Änderungen gemäß b) angenommen
(Ja: 19, Nein: 0, Enth.: 8).
 - d) Die Geschäftsordnung wird mit den zuvor beschlossenen Änderungen zu den §§ 11 und 15 beschlossen (einstimmig).

4. Sitzungsplan für das Jahr 2014

Für das Jahr 2014 wird folgender Sitzungsplan beschlossen
(ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung):

- Montag, 22. September
 - BM'in Prof. Dr. Johanna Wanka (BMBF),
ENTRIA, KIT
 - Rückholbarkeit
 - Vorbereitung der Anhörungen zur
Evaluierung und zu internationalen
Erfahrungen
 - Leitbild der Kommission
- Montag, 3. November
 - Anhörung: Evaluierung des
Standortauswahlgesetzes
 - Abfallbilanz
- Freitag, 5. Dezember
 - AkEnd
- Samstag, 6. Dezember
 - Bewertung der ersten Arbeitsphase
 - Strukturierung des kommenden Jahres

*(Es wird geprüft, ob Freitag, 5. Dezember/Samstag, 6. Dezember
zusätzlich die Anhörung zum Thema „internationale Erfahrungen“
– mit dem Ziel einen ersten Überblick über das Thema zu erhalten –
durchgeführt werden kann)*

5. Arbeitsgruppen

Die Kommission beschließt,

- aa) das Thema der in dem Vorschlag zum Arbeitsprogramm (K-Drs. 10) vorgesehenen Arbeitsgruppe 5 in andere Arbeitsgruppen zu integrieren
(Ja: 16, Nein: 3, Enth.: 3);
- bb) die vorgeschlagenen Arbeitsgruppen 3 und 4 zusammenzuführen
(Ja: 13, Nein: 2, Enth.: 4);
- cc) die Thematik der ursprünglich vorgeschlagenen Arbeitsgruppe 5 in die Arbeitsgruppen 1 und 3 zu integrieren und diese beiden Arbeitsgruppen wie folgt zu bezeichnen:

Arbeitsgruppe 1: „Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus Asse, Gorleben, Schacht Konrad und Morsleben“,

Arbeitsgruppe 3: „Gesellschaftliche und technisch-wissenschaftliche Entscheidungskriterien sowie Kriterien für Fehlerkorrekturen unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus Asse, Gorleben, Schacht Konrad und Morsleben“
(Ja: 19, Nein: 0, Enth.: 0).

6. Zuschriften

Es besteht Einvernehmen, dass

- a) sich die Arbeitsgruppen entsprechend der jeweiligen Thematik mit den Zuschriften befassen und
- a) der Punkt „Zuschriften“ in jeder Sitzung, zu der solche vorliegen, auf die Tagesordnung gesetzt wird.

7. Internetauftritt der Kommission

Es besteht Einvernehmen, dass die Arbeitsgruppe 1 sich des Themas, mit dem Ziel einer Verbesserung des Internetauftritts der Kommission – insbesondere im Hinblick auf die Öffentlichkeitsbeteiligung (Blog, Diskussionsplattform) –, annehmen soll.

Geschäftsstelle

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Aufgabenliste

Aufgaben	Auftrag aus	Erledigung
Interessenabfrage zu Arbeitsgruppen (Geschäftsstelle)	3. Sitzung 08.09.2014	erledigt
Beauftragung von Stenografen mit der Erstellung von Wortprotokollen (Geschäftsstelle)	3. Sitzung 08.09.2014	erledigt
Prüfung der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Haushaltsmittel der Kommission, hilfsweise „Umwidmung“ eines Teils der Gutachtenmittel für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit (MdB)	3. Sitzung 08.09.2014	
Erstellung einer Beratungsunterlage zum Leitbild der Kommission (Vorsitz)	3. Sitzung 08.09.2014	
Verbesserung des Internetauftritts der Kommission, insbesondere im Hinblick auf die Öffentlichkeitsbeteiligung (Forum, Blog) (Arbeitsgruppe 1)	3. Sitzung 08.09.2014	
Vorschläge zur Vorbereitung der in 2014 beabsichtigten Anhörungen: Experten, Struktur und Fragestellungen (Mitglieder)	3. Sitzung 08.09.2014	
Klärung in der Verwaltung, inwieweit Kommissionsmitgliedern Unterstützung gewährt werden kann, wenn sie Themen für die Kommission aufbereiten (Geschäftsstelle)	3. Sitzung 08.09.2014	erledigt
Klärung, inwieweit Kommissionsmitgliedern für ihre Arbeit in der Kommission Unterstützung für Zuarbeit gewährt werden kann (Arbeitsgruppe 2)	3. Sitzung 08.09.2014	
Zuleitung der Abfallbilanz (BMUB)	3. Sitzung 08.09.2014	
Prüfung auswärtiger Termine der Kommission (Asse, Gorleben u.a.) im Hinblick auf die Wünsche in den Regionen (Vorsitz)	3. Sitzung 08.09.2014	
Bericht über die Fortschreibung des Förderkonzeptes über Schwerpunkte zukünftiger FuE-Arbeiten bei der Endlagerung radioaktiver Abfälle (2011-2014), herausgegeben vom BMWi im Juli 2012 (BMWi)	3. Sitzung 08.09.2014	
Prüfung der Realisierbarkeit der Anhörung zum Thema „Internationale Erfahrungen“ in den Sitzungen am 5./6. Dezember 2014	3. Sitzung 08.09.2014	